Ausgabe für Berlin und Umgegend.

Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Zed. Montag „Zeitgeist", jed. Mittwoch „Technische Rundschau", jed. Donnerstag u. Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jed. Freitag das illustr. Wochblatt „ULK", jed. Sonnabend „Haus und Garten"; täglich „Sportblatt", „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Postvertrieb. 6.90 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 8 M., fürs Inland 6 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition, SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10142, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseratenpreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Alexanderplatz 5; Moritzplatz, Oranienstr. 144; Moritzplatz, Rathenower Str. 3; Turmstr. 61, Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 31; Frankf. Allee 61/63; Weißenburg, Bismarckstr. 69, Wiener Str. 1-6, Prenzlauer Allee 54; Hasenh. 1; Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharfenstr. 89, Nürnberger Str. 25/26, Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hohenzollernplatz; Lichterfelde: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-West: Karlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41, Pankow: Wollankstr. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstr. 11; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Berlin Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 229
43. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Donnerstag
7. Mai 1914

Schluß oder Vertagung?

Ferienschnsucht. — Die Besoldungsnovelle. — Freifahrkarten und Militärkabinett.

Wenn die Erfahrung aller Jahre seit Bestehen des Diätengesetzes nicht täuscht, so wird der deutsche Reichstag kaum noch mehr als zwei Wochen versammelt sein. Wenn die Ferienschnsucht die Volksboten erst einmal überkommt, dann gibt es kein Halten mehr. Die Regierung hat diesen unerwünschten Zustand, der so oft schon der Gründlichkeit unserer Gesetzgebung Abtrag getan, absichtlich geschaffen. Sie erhoffte davon eine Abkürzung der Debatten und ein willfähriges Parlament. Je früher der Reichstag in die großen Sommerferien geht, desto eher erhalten die Abgeordneten die Schlußrate ihrer Diäten im Betrage von 1000 Mark. Und die Regierung verfügt noch über ein zweites Druckmittel: Erweisen sich die Abgeordneten nicht als folgsame Schüler, dann wird der Reichstag nicht den Sommer über vertagt, sondern man schließt die Session. In diesem Falle gelten die Freifahrtskarten der Reichstagsmitglieder während der Sommerpause nicht. Schon die Möglichkeit solcher Regierungsmaßnahmen ist ein unwürdiger Zustand. Aber die Regierung nutzt obendrein ihre vorteilhafte Position ganz ungeniert aus. Bis gestern ist dem Seniorenkonvent des Reichstags noch keine amtliche Mitteilung der Regierung zugegangen, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen werden soll. Inoffiziell soll allerdings die Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Vertagung erklärt haben, sofern der Reichstag ihr in einigen Spezialwünschen entgegenkomme. Das wäre ein Kuhhandel in des Wortes übelster Bedeutung. Der Reichstag hat jetzt die Pflicht, diesen Zuständen einmal ein Ende zu bereiten. Gewiß wird er zu einer Verständigung mit der Regierung über die Verabschiedung der dringendsten Vorlagen bereit sein. Aber die Regierung soll dann auch eine klare und sachliche Haltung einnehmen. Insbesondere wird man von ihr verlangen müssen, daß sie im Reichstage den gleichberechtigten anderen Faktor der Gesetzgebung achtet. Es sprechen manche sachlichen Gründe für einen Schluß der Session. Aber die Regierung hat auch ihrerseits erst vor wenigen Tagen durch den Mund des Vizekanzlers Dr. Delbrück in Hamburg anerkennen lassen, wie notwendig und nützlich es ist, daß die Volksvertreter ihre Urteilsfähigkeit ständig erweitern. Wann anders aber als in den Ferien wäre das zu bewerkstelligen? Die Ausdehnung der Gültigkeit der Freifahrtkarten für die Dauer der Legislaturperiode ist darum ein ebenso sachliches Erfordernis.

Dann aber geht es auch ohne eine regelmäßige Fühlungnahme zwischen Regierung und Parteien nicht mehr. Es ist ein Unding, wenn die Regierung immer nur mit der Bureaukratenweisheit des „Unannehmbar" auszukommen sucht. Das gilt besonders für Vorlagen, die sich zum Austrag von Machtkämpfen zwischen Reichstag und Regierung so wenig eignen, wie Beamtenbesoldungsvorlagen. Die Besoldungsnovelle wird ja bereits heute auf der Tagesordnung des Reichstages stehen. Die Regierung sieht sich hier einmütigen Wünschen des Parlaments gegenüber. Selbst die konservativen Gruppen haben sich der Notwendigkeit nicht verschließen können, die Besoldungsverbesserungen auf verschiedene Beamtengruppen zu erweitern. In dieser Einmütigkeit der Parteien liegt die Gewähr dafür, daß es sich hier um wirklich berechtigte Wünsche der in Betracht kommenden Beamtenschichten handelt. Die Regierung hat leider alle Trümpfe in der Hand. Der Einwand, daß ihre Haltung eine wenig staatsfördernde Erbitterung unter den Beamten erzeugen muß, scheint ihre rein fiskalischen Erwägungen nicht beiseite zu drängen. Das Parlament steht heute vor einer folgenschweren Entscheidung, aber es muß jetzt schon gesagt werden, daß ein Scheitern der Besoldungsnovelle ausschließlich auf das Schuldkonto der Regierung kommen würde. In letzter Stunde versucht das Zentrum noch ein geringes Entgegenkommen der Regierung zu erreichen, das aber ein weit größeres Nachgeben des Reichstages zur Voraussetzung hätte. Die „Germania" schreibt nämlich:

> „Ganz ausgemacht will es uns aber doch noch nicht scheinen, daß die verbündeten Regierungen und der Reichstag unter allen Umständen auf ihrem Standpunkt beharren werden. Soviel scheint allerdings gewiß, daß, wenn die Vorlage gerettet werden soll, der Reichstag sich am nachgiebigsten zeigen muß. Es kann ihm allerdings nicht zugemutet werden, sich jetzt restlos den Forderungen der verbündeten Regierungen zu unterwerfen, aber im Interesse der Beamten wäre es doch zu verstehen und zu begrüßen, wenn die Parteien ihre Wünsche auf ein Mindestmaß reduzierten, um wenigstens durchzusetzen, daß die schlimmsten jetzt bestehenden Ungleichheiten ausgeglichen werden. Dazu müßte sich die Regierung allerdings bereit erklären; sie trägt überdies die volle Verantwortung dafür, daß in den Beamtenkreisen eine berechtigte Mißstimmung entstehen wird und sie wird auch erleben müssen, daß es in Zukunft nicht mehr so leicht zu einer Einigung unter den Parteien kommen wird, wie es jetzt der Fall war, wenn es für dieselben gilt, unter den vielen Wünschen der Beamten in weiser Mäßigung eine kluge Auswahl zu treffen.
>
> Hierbei ist wohl vor allem daran gedacht, wenigstens eine Berücksichtigung der gehobenen Unterbeamten durchzusetzen. Man wird ja heute sehen, ob der Schatzsekretär auch hier widerspenstig bleibt. Dann allerdings wäre ein Scheitern der Vorlage unausbleiblich.

Außer der Besoldungsvorlage will der Reichstag noch die Konkurrenzklausel, die Anträge zur Duellfrage und das Rennwettgesetz erledigen. Zu letzterem fehlt noch immer die Ergänzung: der Entwurf über die Aufbesserung der Altpensionäre. Auch hier handelt die Regierung mit ihrem Säumen unverantwortlich. Das Parlament würde im Falle des Sessionsschlusses nur zu einer sehr flüchtigen Prüfung der Vorlage kommen können.

Die dritte Etatlesung wird wieder übers Knie gebrochen werden. Große Entscheidungen stehen allerdings nicht aus. Der Kriegsminister dürfte die Mittel für seine Pressteabteilung erhalten, dagegen darf man hoffen, daß der Reichstag in der Frage des neuen Militärkabinetts fest bleiben wird. Eine Nachgiebigkeit in diesem Punkte könnte sehr leicht im Volke den Verdacht erwecken, daß der Umfall nicht aus sachlichen Gründen erfolge. Schon jetzt munkelt man von der Tauschformel „Freifahrtkarten gegen Militärkabinett". Der Reichstag muß peinlich alles vermeiden, was ihn als mitschuldig an den gegenwärtigen Zuständen erscheinen lassen könnte. Nur dann kann er erfolgreich auf Abhilfe dringen.

Das Deserteurstück im Eispalast.

Die Campagne der Pariser Presse.

Die deutsche Presse hat dem neuesten „deutsch-französischen Zwischenfall" nur sehr wenig Beachtung geschenkt. Mit Recht, denn wir haben mehr zu tun, als uns um das ewige Gezänk zu kümmern, an dem nur einige Chauvinisten bei uns und die nationalistischen Pariser Blätter ein Interesse haben. Von dem Fest des Hilfsbundes gegen die Fremdenlegion, das am vorigen Sonntag im Berliner Eispalast stattfand, hat man erst auf dem Umwege über die Pariser Presse Kenntnis erlangt. Kein Berliner Blatt hatte es für nötig gehalten, zu dieser Veranstaltung auch nur einen Berichterstatter zu entsenden. Haben dort deutsche, zu dem Fest kommandierte Soldaten in einem Theaterstück einen Franzosen — oder einen Deserteur in französischer Uniform — unter Leitung eines Unteroffiziers „erschossen"? Der Vorsitzende des Hilfsbundes hat im „Berliner Tageblatt" bekanntlich erklärt, der „erschossene" Schauspieler habe nicht eine französische, sondern eine Phantasieuniform getragen, aber die Berliner Korrespondenten der Pariser Blätter versichern, diese Erklärung treffe nicht zu. Unbestreitbar müßte die Festvorstellung als reichlich taktlos und ungehörig bezeichnet werden, wenn sie sich so abgespielt haben sollte, wie die französischen Korrespondenten behaupten. Dies würde man noch deutlicher betonen, wenn die Art, wie ein Teil der französischen Presse diesen Vorfall behandelt, nicht so widerwärtig wäre. Dieselben Pariser Blätter, die täglich irgendeinen Vorwand finden, um die Beziehungen zwischen den beiden Völkern nach Möglichkeit zu trüben, kennen kein Maß in der Entrüstung über die angeblich friedensstörerische Veranstaltung im Berliner Eispalast. Der „Matin" publiziert täglich spaltenlange Depeschen seines Berliner Korrespondenten über das — in Berlin ganz unbemerkt gebliebene — Ereignis. Der Korrespondent sagt unter anderem, er habe oft voraussagt, die chauvinistische und kriegerische Campagne in Deutschland „könnte uns eines Tages einen ernsten Zwischenfall schaffen", und diese Prophezeiungen hätten sich „nun leider nur zu sehr erfüllt". Der Korrespondent des „Temps" berichtet, die Berliner Presse sei von den „Bureaus der Wilhelmstraße" veranlaßt worden, über den Vorfall nicht zu sprechen, sie habe nicht einmal die „kleine Anfrage" der sozialistischen Abgeordneten Weil und Wendel angekündigt — die Ankündigung stand ziemlich in allen Blättern — und Herr v. Bethmann Hollweg habe, in der gleichen Absicht, die Debatte über die auswärtige Politik im Reichstag vertagt! Gleichzeitig wird in der Pariser Presse der Ministerpräsident und Minister des Aeußern Doumergue angegriffen, weil er die Angelegenheit nicht tatkräftig genug betrieben und nicht genügend energische Schritte in Berlin unternommen habe. Und da tritt zum mindesten eines der Motive hervor, aus denen die nationalistischen und reaktionären Pariser Blätter sich so ganz besonders eifrig mit der „Affäre" beschäftigen: vor den Stichwahlen, die am Sonntag stattfinden, soll der französischen Wählerschaft noch klar gemacht werden, wie schwächlich in der Vertretung der französischen Interessen und der französischen Würde dieses radikale Ministerium ist!

Die Strafe für die politisierenden Offiziere von Verdun.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. Mai.

In der Angelegenheit von Verdun, wo, wie erinnerlich, einige Offiziere beschuldigt wurden, für den nationalistischen Kandidaten General Maitrot, Wahlagitation getrieben zu haben, hat das Kriegsministerium nach Untersuchung des Zwischenfalles heute seine Entscheidung gefällt. Der Leutnant Vienne und der Unteroffizier Gipson vom zweiten Husarenregiment werden wegen unerlaubter Wahlagitation zur Disposition gestellt. Das Dekret stammt vom Unterrichtsminister Viviani, der den nach Algier gereisten Kriegsminister Noulens vertritt. Viviani wird wegen der schweren Strafe für die beiden Flugschriftenverteiler in der reaktionären Presse scharf angegriffen.

Das oberste Verwaltungsgericht hat sich heute mit dem Fall des Appellgerichtspräsidenten Bidault de L'Isle, das heißt mit seiner Haltung in der Rochette-Affäre beschäftigt. Die heutige Sitzung des obersten Verwaltungsgerichts war der Feststellung des Tatbestandes gewidmet.

Der Militäretat im Reichstag.

Wehrvereinstreiben. — Die Einjährigen. — Soldatenmißhandlungen. — Waffengebrauchsvorschrift. — Militärkabinett.

Von konservativer Seite wurde gestern im Reichstag beim Eintritt in die Verhandlungen der Versuch gemacht, die Tonart, die der Generalmajor Wild v. Hohenborn in der Kommission angeschlagen hat, zu entschuldigen und zu beweisen, daß der Generalmajor nur seine Pflicht erfüllt habe. Die Pflichten eines Kommissars der Heeresverwaltung dürften vor allem in objektiver Mitteilung von Tatsachenmaterial liegen. Durch die Tonart aber politische Antipathien kundzugeben, gehört doch wohl nicht zu den Prärogativen dieser Dienststellung. Der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Müller-Meiningen, erinnerte dann zunächst mit Recht daran, daß man in der Genugtuung über die erfolgreiche Durchführung der Wehrvorlage die Opferwilligkeit des deutschen Volkes nicht vergessen dürfe, und er fand die richtige Antwort auf die Kritik des Wehrvereinsgenerals Keim, der beim deutschen Michel „Herzversettung" in Rüstungsfragen entdeckt hatte: „Gewisse Kreise laborieren an Verfolgungswahnsinn." Es ist richtig, daß von aktiver militärischer Seite nur selten und schüchtern der Agitation der Rüstungsfanatiker entgegengetreten wird; die Sympathie der Heeresverwaltung mit den Leuten, die ihre Ziele unter der Firma „Hebung der Wehrkraft des Reiches" betreiben, verhindert eine solche Abwehr. Darum läßt sich der Kriegsminister diese Helfer gefallen, die seinem Ressort, das auch auf Hebung der Wehrkraft eingestellt sein soll, mehr Sympathie rauben, als die aktiven hohen Herren zu ahnen scheinen.

Auch das, was Dr. Müller-Meiningen über die Erzeugung von Märtyrern sagte, trifft zu: der Fall Stöcker hat in diesem Sinne gewirkt. Der fortschrittliche Abgeordnete führte weiter aus, daß die konfessionellen Gegensätze in der Armee immer größer würden — das Musterungsgeschäft werde bereits in einzelnen Landratsämtern nach Konfessionen vorgenommen. Herr v. Falkenhayn bestritt das. Aber er wird nicht bestreiten können, daß die Offizierswahl andauernd „nach Konfessionen" vorgenommen wird.

Ein Teil von dem Inhalte der 273 „Resolutionen" wurde in der gestrigen Debatte wieder ausgegraben und vorgebracht. Es wird wenig nutzen. Herr v. Falkenhayn ist ihr geborener Totengräber, wenn auch ein „moderner". Bei dem Thema „Soldatenmißhandlungen" machte Dr. Müller-Meiningen der Militärverwaltung den Vorwurf, daß sie nicht die nötige Energie aufwende. Ich glaube wirklich, man hält sich besser an das Militärkabinett oder an die Kommandogewalt, oder wie man sonst die Stelle umschreibend nennen will, die allein imstande ist, den fortgesetzten Ungehorsam gegen Dienstbefehle im Heere mit Wucht auszurotten. Daß Verfügungen gegen die Mißhandlungen ins Land gehen, Reden und Vorlesungen gehalten werden, ist unbestreitbar, aber solange die Auflehnung gegen die Heeresdisziplin nicht radikal bestraft wird — und unter Disziplinverletzung verstehe man auch das Dulden, Uebersehen und Nichtahnen von Mißhandlungen —, so lange darf die Heeresverwaltung sich nicht beklagen, wenn der Empörung über diese Tatsachen ein lauter und scharfer Ausdruck gegeben wird. Der Kriegsminister stellte den Mißhandlungen die Lebensrettungen durch Offiziere gegenüber. Ich weiß nicht recht, wie man diese Dinge in einem Atem nennen kann. Es sind zwei ganz getrennte Dinge, und die Tatsache, daß es böse und gute Menschen gibt, ist eine „ewige Wahrheit". Bei dieser Gelegenheit seien, nur nebenbei, Behauptungen der kriegshetzerischen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zurückgewiesen, die im „Berliner Tageblatt" die Erwähnung solcher Lebensrettungen durch Offiziere vermißt haben wollte. Das ist natürlich eine glatte Entstellung.

Auch „Zabern" lebte in der gestrigen Reichstagsdebatte wieder auf, und der Kriegsminister gab resigniert zu, daß die Welt kritischer geworden sei und sich mit hundertjährigen Kabinettsordern nicht mehr regieren lassen wolle. Sachsen wird, wie er erklärt, die neue Waffengebrauchsvorschrift annehmen. Bayern und Württemberg zögern noch — hoffentlich für immer. Der Minister lehnte alle Versuche, ihn zu besonderen Erklärungen über die neue Dienstvorschrift zu bewegen, ab: es bleibe Sache des einzelnen Befehlshabers, den gegebenen Fall zu beurteilen. Wir sind damit einverstanden, vorausgesetzt, daß die „Verantwortung vor dem Gesetz", die der Minister in Aussicht stellte, dann auch Platz greift, und wir würden also lieber ein Gesetz an Stelle der „Dienstvorschrift" sehen.

Schließlich gab es noch akademische Erörterungen, aber nur einseitige, über Kultur und Militärkabinett. Gewiß, Herr v. Falkenhayn hat recht, wenn er dabei versicherte, auch die Söhne unserer Zeit würden bei einem Kriege, der des Vaterlandes Existenz bedroht, tapfer ihren Mann stehen. Aber wäre es nicht trotzdem empfehlenswert, die Masse lieber zu gewinnen als abzustoßen und nicht den breiten Schichten bei jeder Gelegenheit „Vaterlandslosigkeit" vorzuwerfen? Mit seinen